

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

85 (23.7.1923)

Erscheint
Montag, Mittwoch und
Freitag.

Bezugspreis:

Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. andere Abnehmer
ohne Postgebühr
monatlich 1000.— Mk.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückerstattung des
Bezugspreises.

Geschäftszeit 7-5 Uhr, Sonntags
geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur Nr. 11.

Postfach-Nr. 6903.
Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

General-Anzeiger für das

Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Zeile 80.— Mk.

Reklamen: Die 87 mm breite
Millimeter-Zeile 100.— Mk.

Anzeigen mit Bekanntschafts-
charakter 60.— Mk. Sondern-
druck. Alle Preise freibleibend.
Grundrhythmus in Anzeigen- und
Textteil ist Petit.

Bei Wiederholungen tarifreduzierter
Konten, der bei Nichtzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Be-
treibung und bei Konkurs erlischt.

Platzanzeigen werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
fonische Aufträge keine Gewähr
übernommen.

Anzeigen-Nachnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen müssen
am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 85.

Montag, den 23. Juli 1923.

84. Jahrgang

Die englische Aktion.

Uebergabe der englischen Note.

Paris, 21. Juli. Die englischen Dokumente über die
Deutschland auf seine Vorschläge zu übermittelnde Antwort
sind um 12 Uhr mittags im Ministerium für Auswärtige
Angelegenheiten übergeben worden. Entsprechend den ein-
gegangenen Verpflichtungen wird, wie Havas feststellt, das
Außenministerium das absolute Geheimnis über den Inhalt
dieser Dokumente wahren, da man entschlossen sei, die not-
wendige Reserve beizubehalten über die Fortsetzung der in
Gang befindlichen Verhandlungen. Poincaré wird sich nach
der gleichen Agentur nach Kenntnisnahme der Dokumente mit
der belgischen Regierung auf diplomatischem Wege in Ver-
bindung setzen, um ein Einverständnis darüber zu erzielen,
welche Folge den englischen Vorschlägen gegeben werden sollte.

Die englische Note mit dem Begleitschreiben ist in den
Händen der alliierten Regierungen. Die Entscheidung liegt nun
wieder im wesentlichen in Paris. Vorläufig liegen darüber
nur Andeutungen der Londoner Presse vor, die durch Infor-
mationen ergänzt werden, welche die „Post“ von neu-
trales, mit London in enger Verbindung stehender Seite er-
fahren hat. Danach kann man sich ungefähr folgende Vorstel-
lung von dem Inhalt der Note machen: Die englische Regierung
sieht in der zweiten Note der deutschen Regierung eine
annehmbare Grundlage zur Diskussion des Reparationspro-
blems. Sie nimmt den Gedanken einer Abschätzung der deut-
schen Leistungsfähigkeit durch eine Sachverständigenkommission
an, aber die englische Regierung ändert den deutschen Vor-
schlag dahin ab, daß nicht eine internationale Sachverständigen-
kommission, sondern eine Kommission interalliierten Sachver-
ständiger unter Zuziehung von Amerikanern die deutsche Lei-
stungsfähigkeit prüfen soll. Neutrale Sachverständige sollen
also nicht in der Kommission sitzen. Die Einsetzung der Kom-
mission soll durch die Reparationskommission geschehen, die
Sachverständigenkommission wäre also eine Unterkommission
der Reparationskommission, wobei es ungewiß ist, bei welcher
der beiden Kommissionen die letzte Entscheidung liegen wird.
Die von der deutschen Regierung angebotenen Garantien
werden von der englischen Regierung angenommen, aber doch
nicht als ganz genügend erachtet. Die Sachverständigenkom-
mission soll daher nicht nur die Leistungsfähigkeit prüfen,
sondern auch über die Möglichkeit weiterer Garantien beraten.
Hinter dieser Anregung versteckt sich wohl der Plan, eine
Finanzkontrolle einzuführen. Es ist in den letzten Tagen von
eingeweihten Kreisen sowohl in Paris, wie in London be-
hauptet worden, daß die Spannung zwischen der französischen
und der englischen Auffassung in wichtigen Punkten geringer
geworden sei. Die Erklärung dafür wird zu suchen sein in der
Annäherung des englischen Standpunktes an den französischen
in folgenden Konzessionen: keine internationale Sachverständigen-
kommission, sondern eine interalliierte, ferner Annahme
der Finanzkontrolle und der Forderung weiterer Garantien.
Das ist das Ergebnis der ersten Etappe der Verhandlungen
zwischen London und Paris. Wenn es trotzdem noch sehr un-
wahrscheinlich ist, daß Frankreich die englische Antwort an
Deutschland gutheißen wird, so liegt die Schwierigkeit in der
Frage des passiven Widerstandes und in der Frage der
Räumung des Ruhrgebietes. Darüber werden wohl die wei-
teren Verhandlungen erst Klarheit bringen.

Französische Zermürbungsstrategie.

Berlin, 21. Juli. Die englische Antwortnote an Deutsch-
land ist in der gestrigen Kabinettsitzung glücklich fertig ge-
stellt worden und ist mit der erklärenden Maniernote zusam-
men wahrscheinlich im Laufe des heutigen Tages den Alliierten
überreicht worden. Das strengste Stillschweigen über den Inhalt
bewahrt wird, ist das Rätselraten der französischen Blätter
nur als Stimmungsmache zu bewerten, zeigt aber immerhin
die Schwierigkeiten an, die Frankreich bei einzelnen Punkten
der englischen Antwort machen wird. Hauptsache bleibt für
diese französische Taktik, daß damit eine Verzögerung in der
Vollendung herbeigeführt werden kann, da Poincaré die An-
schauung vertritt, daß genau wie im Krieg die Zeit für
Frankreich arbeite. Das geht klar und deutlich aus einer Mel-
dung des „Journal“ hervor, die feststellt, daß Frankreich für
die Antworterteilung keinen bestimmten Zeitraum festsetzt und
vor allen Dingen aus der Art wie Poincaré die Ruhrknechtung
seit dem Augenblick betreibt, in dem Baldwin eine etwas ener-
gischere Haltung seinen Bundesgenossen gegenüber andeutete
und klar erkennen ließ, daß englischerseits die Ruhrbesetzung
sowohl der Form als auch der Folgen wegen verurteilt werde.
Seit der Zeit haben Poincaré und seine Hauptlinge an der
Ruhr kein Mittel unversucht gelassen, um den verhassten pas-
siven Widerstand zu brechen. Das ganze Gebiet wurde her-
metisch von dem unbefestigten Deutschland abgeschlossen, die

Austreibung der Beamten nahm Formen an, die jeder Mensch-
lichkeit, jedem Gefühl für Recht und Gerechtigkeit Hohn spre-
chen. Durch Hunger und seelischer Zermürbung soll die Kapi-
tulation erreicht werden. Den Gipfel stellt eine neue Verord-
nung der i. a. Rheinlandkommission dar, die mit hoher Geld-
oder Gefängnisstrafe jeden Deutschen bedroht, der die Rechts-
verbindlichkeit der Verordnungen dieser sog. i. a. Kommission
und der Militärbehörden in Abrede stellt. Dabei werden nicht
nur mündliche und schriftliche Äußerungen bestraft, die in
der Öffentlichkeit oder in der Presse gemacht werden, son-
dern auch jede mündliche und schriftliche Äußerung, die an sich
gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Die Folge wird
natürlich sein, daß den dunklen Elementen, den Spitzeln und
Verrätern ein neues Feld ihrer gemeinen Tätigkeit eröffnet
wird und für die Auswertung der Briefzensur sich neue Aus-
sichten ergeben. Nach gemeiner ist der Paragraph, der jeden
unter Strafe stellt, der bei Verteilung von Geldmitteln und
Naturalien mitwirkt, die dazu bestimmt sind, den passiven
Widerstand zu verlängern, also jeder, der die Notlage der
schwer betroffenen Ruhrbevölkerung zu lindern bemüht ist,
soll von diesen Teufeln im französischen Habit unter strenge
Strafe genommen werden. Diese Verordnung ist so recht
geeignet, zu zeigen, wie die Franzosen jetzt zu den äußersten
Mitteln greifen, um Tatsachen zu schaffen, die sie einer Ver-
handlung über die Beilegung des Ruhrkonflikts entheben.
Aber diese Taktik erkennen, heißt sie überwinden.

Quertreiberei.

Paris, 20. Juli. Von Paris aus wird ein Manöver
in der letzten Stunde versucht. Um die Sache glaubhafter zu
machen, spricht man von einem deutschen Manöver, das haupt-
sächlich in London in die Erscheinung trete. Dort versuche
Deutschland über die Aufgabe des passiven Widerstandes zu
verhandeln, um hierdurch einige Vorteile herauszuschlagen. Die
deutsche Regierung lasse mitteilen, keine Regierung könne den
Widerstand aufgeben, namentlich wenn ein derartiges Ver-
langen von Frankreich gestellt werde. Aber was Deutschland
Frankreich nicht bewilligen könne, könne es England ge-
währen. Aber alsdann müßten ihm gewisse Vorteile zuge-
standen werden. Die Ruhrbesetzung müsse unsichtbar werden
und wenn französische und belgische Truppen auch fernerhin
im Ruhrgebiet verbleiben sollten, so könne das nur durch ein
Mandat geschehen, das der Völkerbund verleihe. Man be-
hauptet in Paris, der deutsche Vorschlag würde in London
günstig aufgenommen. Englische Blätter gingen sogar soweit zu
erklären, die Einstellung des passiven Widerstandes könne
das Ergebnis einer englischen Vermittlung sein, jedoch müsse
man Deutschland gewissermaßen ein Trinkgeld zugestehen,
wenn es sich unterwerfe. Von amtlicher französischer Seite wird
erklärt, daß derartige Vorschläge nicht günstig aufgenom-
men würden. Man geht sogar soweit, daß man erklärt, ein
derartiger Handel sei unmoralisch. Obgleich man nicht deutlich
erkennt, mit welchen Absichten in letzter Stunde vor Ueber-
reichung des englischen Antwortentwurfs auf die deutschen
Vorschläge etwas derartiges zu einem Streitfall aufgebaut
wird, findet man im halbamtlichen „Temps“ eine offenbar
tieferen gemeinte Betrachtung, die ergötzlich wirkt. Es
heißt da:

Also von England soll es abhängen, daß der deutsche Wi-
derstand aufhöre. Seitdem die britische Regierung es für un-
nötig gehalten habe, die besondere Verhandlung mit Frank-
reich fortzusetzen, habe sie eine gesonderte Verhandlung mit
Deutschland eingeleitet. Der deutsche Botschafter habe Lord
Curzon zwei Besuche abgestattet. Englische Blätter behaupten,
die deutsche Regierung habe eine Denkschrift zur Erläuterung
ihrer Vorschläge vom 7. Juni überreicht. Man erfahre auch,
Curzon habe mit dem deutschen Botschafter die Bedingungen
über die Einstellung des deutschen Widerstandes im Ruhr-
gebiet erörtert. Wenn die britische Regierung eine gesonderte
Verhandlung mit der deutschen Regierung einleite, dann sehe
man nicht ein, warum nicht auch Frankreich seinerseits mit
Deutschland verhandeln solle. Die deutsche Regierung könne
jetzt erkennen, wie die Widerstandspolitik sie in eine Sackgasse
geführt habe. Sie habe das Ergebnis gehabt, daß nicht der
Reichskanzler oder der Reichstag über das Schicksal Deutsch-
lands entscheide, sondern Lord Curzon und das britische Ka-
binett. Wenn das deutsche Ministerium die notwendige Un-
abhängigkeit und den notwendigen klaren Blick hätte, würde
sie die Debatte auf ein anderes Gebiet überführen. Sie würde
nicht dabei beharren, in erster Linie die Ruhrfrage behan-
deln zu wollen, sie würde vielmehr suchen, wie Frankreich be-
zahlt werden könne, alsdann würde die Ruhrfrage sich wesent-
lich vereinfachen und Deutschland würde nicht nötig haben,
sich England zu überliefern, damit es einen Druck auf Frank-
reich ausübe.

Es ist schwierig, keine Satire zu schreiben. Poincaré
erklärt seit Monaten: mit der deutschen Regierung verhandelt
ich nicht, wenn die Ruhrfrage nicht durch eine Kapitulation
Deutschlands vorher geregelt ist. Dem englischen Verbündeten
läßt Poincaré erklären, er könne über die deutschen Vorschläge
nicht sprechen, solange der Widerstand im Ruhrgebiet andauere.
Gierung mit einer gesonderten Verhandlung und gibt dem
Lind jetzt droht der halbamtliche Temps der englischen Re-
deutschen Reichskanzler den Rat, er möge doch erst über die
Wiederherstellungszahlungen verhandeln und sich nicht darauf
verleihen, daß vorerst die Ruhrfrage behandelt werde. Man
sieht, daß es den Franzosen nicht leicht fällt, logisch zu bleiben.
Denn noch vor einigen Tagen hat Poincaré im Parlament
erklärt, die deutschen Vorschläge seien nicht einmal der Be-
achtung wert. Trotzdem möchte der halbamtliche Temps, daß
Deutschland sich mit Frankreich darüber berate, wie man
bezahlen könne. Alle diese Dinge sind unverständlich, sie
beweisen aber, daß die verkehrte Ruhrpolitik und die falsche
Politik Poincares die französische Politik in eine Sackgasse
geführt haben.

Was England möchte.

Paris, 20. Juli. Französische Quellen zufolge beschäf-
tigte sich der englische Ministerrat mit folgenden Plänen:
1. Entwurf einer an Deutschland zu richtenden Antwort
auf das deutsche Reparationsangebot, in dem die von Deutsch-
land angebotenen Garantien grundsätzlich als annehmbar be-
zeichnet werden. 2. Der Entwurf eines an die französisch-
belgische Regierung zu richtenden Begleitschreibens, in dem
die Frage gestellt wird, ob die Ruhrbesetzung nach Einstellung
des passiven Widerstandes unsichtbar gemacht würde, sowie
die grundsätzliche Bereitschaft Englands auf die Bezahlung
der ihm von Frankreich, Belgien und Italien geschuldeten
Summen zu verzichten. 3. Ein Schreiben an die Vereinigten
Staaten, in dem die Vorzüge eines Zusammenschlusses aller
Alliierten auseinandergesetzt werden.

Amerikas kühle Zurückhaltung.

London, 20. Juli. Wie aus Washington gemeldet wird,
erklärten die dortigen politischen Kreise, sich jeder Stellung-
nahme vor dem Eintreffen der englischen Antwort enthalten
zu wollen. Inzwischen erzeugen die aus Europa eintreffenden
Berichte einen gewissen Optimismus, daß es gelingen werde,
die europäische Frage einer günstigen Lösung entgegen zu
führen. Die Washingtoner Regierung wartet einen geeig-
neten Anlaß ab, der es ihr ermöglichen würde, an der Er-
reichung dieses Zieles mitzuwirken.

Die Zerlegung unserer Wirtschaft.

Berlin, 21. Juli. Ueber die Lage auf dem Devisenmarkt
machte der Direktor der Devisenabteilung der Deutschen Bank,
Direktor Kaufmann, einem Mitarbeiter des „Berliner Lokal-
anzeigers“ u. a. folgende Mitteilungen: Die Rettung kann
nur wie in Oesterreich durch Gewährung einer internationalen
Anleihe erreicht werden, wodurch wir für längere Zeit un-
seren Rohstoff- und Lebensmittelbedarf decken könnten, ohne
Massen von Papiergeld auf den Markt zu werfen. Solange
aber die Finanzwelt der Ueberzeugung ist, daß die Franzosen
ihre frivolen Spiel bis zur Zertrümmerung Deutschlands fort-
setzen werden, bleibt uns jeder Kredit verschlossen. Bei den
Engländern liegt die Entscheidung. Sie werden sich aber sehr
beeilen müssen, wenn nicht jede Hilfe zu spät kommen soll.

Beneschs Vermittlerarbeit.

Paris, 20. Juli. Der tschechoslowakische Außenminister
Benesch scheint während seiner Anwesenheit in Brüssel Duzende
von Interviews gewährt zu haben. In einem vom Brüsseler
Korrespondenten der „Nouvelle“ erwähnten Interview erklärte
er u. a. alle Welt sei sich darüber einig, daß die Schuldlosen
Deutschlands auf 50 Milliarden festgesetzt werden müsse und
man sei beinahe auch schon darüber einig, daß die interalliierten
Schulden gestrichen werden sollten. Die größte Schwierigkeit
biete die Frage, in welcher Form Frankreich die Besetzung
des Ruhrgebietes modifizieren solle, darüber sei man sich noch
nicht klar. Es liege auf der Hand, daß Frankreich unter den
gegenwärtigen Umständen nicht aus dem Ruhrgebiet heraus-
gehen könne, ohne dafür etwas als Gegenleistung zu er-
halten. (!) Diese Frage werde übrigens eifrigst zwischen
London und Paris beraten. In England trete im Augenblick
eine Stimmung auf, deren Anhänger wünschten, daß Deutsch-
land zur Einstellung des passiven Widerstandes veranlaßt
werde, aber man möchte dafür auch, daß Deutschland dafür
eine Besserung des gegenwärtigen Besetzungsregimes erhalte,
auch darüber werde verhandelt.

Die neue Poincaré-Rede.

Die deutsche Industrie als Gefahr. — Keine Festlegung der
Reparationssumme.

Paris, 22. Juli. Poincaré hat heute bei der Einweihung
eines Kriegerdenkmals in Billers-Cotteret die angekündigte
Rede gehalten, die jedoch nicht als Antwort auf die englischen
Dokumente zu gelten hat, sondern bereits vor deren Eingang

verfaßt war. Poincaré stellte zunächst die prekäre Lage Frankreichs dem angeblichen Wohlstand Deutschlands gegenüber und hob hervor, wie sehr die Bewohner der zerstörten Gebiete durch Bildung von Genossenschaften usw. dem Staate zu Hilfe gekommen seien. Nach einer ausgiebigen Polemik gegen die letzte Rede Lloyd Georges erklärte er, der Wiederaufbau Frankreichs bedrohe in keiner Weise die wirtschaftliche Kraft irgendeines Volkes. Warum, so rief er aus, sind unsere Freunde nicht mit uns ins Ruhrgebiet gegangen? Sie würden alsdann besser verstehen, welches die Gefahren von morgen sind. Poincaré schildert alsdann die „beängstigende“ Organisation der deutschen Industrie, die Kartelle, horizontalen und vertikalen Gruppen, und fuhr fort: Was gibt es was den demokratischen Ideen, die die Parteien in Großbritannien vertreten und die die beiden westlichen Völker als kräftigste Güter beschützt haben, weniger entspricht? Wenn man heute die Unglückseligkeit begehen würde, die deutsche Zahlungsfähigkeit auf eine bestimmte Summe für die Dauer festzulegen, dann würden die Deutschen bald wieder Maßnahmen ausdenken, um die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag unzureichend zu erfüllen, und Deutschland würde unter dem Einfluß seiner außerordentlichen Anhäufung industrieller Macht bald wieder ungeahnte Kräfte gewinnen. Um diese Gefahr zu beschwören, müssen sich England, Belgien, Italien und Frankreich enger als je in gemeinsamer Anstrengung vereinen. Sie müssen der Wirklichkeit gegenüber treten und sich nicht durch das trügerische Bild eines verarmten und auf ewig machtlosen Deutschland verwirren lassen. Ist es denn so schwer, den alliierten Regierungen die Beweggründe unserer Entschließung klar zu machen? Genügt es nicht, um sie zu belehren, wenn sie zunächst einmal in die zerstörten Gebiete und dann ins Ruhrgebiet gehen? Wenn sie sich dort umgesehen haben dann werden sie Bescheid wissen.

Poincaré schloß seine Rede mit dem Wunsche, man möge nicht unter dem Vorwand, einen unglücklichen Schuldner zu schonen, Hinterziehungen und Ungerechtigkeiten begünstigen und die geschlossenen Augen der übrigen Alliierten möchten sich endlich einmal den Tatsachen öffnen, damit später niemand bebauern müsse, daß er im entscheidenden Augenblick den klaren Ratsschlüssen Frankreichs keine Beachtung geschenkt habe.

Möglichkeit einer amerikanischen Anleihe für Deutschland.

Nicht nur Lösung der Ruhr- und Reparationsfrage, sondern Reinigung der gesamten politischen Atmosphäre.

Berlin, 20. Juli. Der Präsident der Bostoner Handelskammer, Filene, der sich zurzeit in Berlin aufhält, hat sich zu einem Mitarbeiter des Börsenkuriers über die Bedingungen ausgesprochen, unter denen eine deutsche Anleihe in Amerika möglich ist. Filene erklärte, Deutschland werde von den Vereinigten Staaten keine Anleihe erhalten, bevor die französisch-deutschen Zwistigkeiten überwunden sind. Eine Lösung der Ruhrfrage und auch der Reparationsfrage würde nicht genügen, um eine Basis für eine deutsche Anleihe in Amerika zu schaffen, weil eine Verminderung der französischen Rüstungsausgaben solange nicht möglich ist, ehe Frankreich und Deutschland nicht zu einem nationalen Ausgleich gekommen sind. Wenn auch bei der gegenwärtigen Sachlage Garantien für den französischen Angriff gegen Deutschland sehr notwendig erscheinen, so müßte doch die Masse der französischen Wähler von der Furcht eines Angriffs des wirtschaftlich rasch erstarrenden Deutschlands durch Garantien für die Ruhe Europas befreit werden. Die Entente und neutrale Länder müßten die militärischen Garantien geben und sie wären gewiß sehr bereit, das zu tun, wenn sie wüßten, daß die Vereinigten Staaten mit ihren ökonomischen Mitteln und moralisch auf ihrer Seite wären, falls eine Nation zu einem Angriff schreite, ohne vorher ihr Streitobjekt dem internationalen Schiedsgerichtshof unterbreitet zu haben. Weiter müßte Deutschland sobald wie möglich in den Völkerbund eintreten. Das Beispiel Oesterreichs könne Deutschland lehren, daß dies ein

Schritt wäre, für die Erlangung einer ausreichenden Anleihe. Zum Schluß erklärte der amerikanische Geschäftsmann, daß er die achtungswerten Versuche der deutschen Regierung, die Spekulation in Mark zu unterbinden, für wenig aussichtsreich halte. Auch für Deutschland wie für alle anderen Länder sei die politische Stabilisierung die Vorbedingung für die Stabilisierung seiner Währung.

Ein amerikanisches Gutachten.

Deutschland hat nichts mehr als seine Arbeitskraft.
New York, 22. Juli. Deutschland kann jetzt nicht zahlen, — das ist das Verdikt des Instituts of Economic, welches soeben eine weitgehende Untersuchung beendet hat. Das Institut, das sein Hauptquartier hier aufgeschlagen hat, hat von der Carnegie-Stiftung eine Unterstüfung von 2 Millionen Dollar erhalten. In dem Bericht des Instituts wird festgestellt, daß die 26 Milliarden Goldmark, welche bisher von Deutschland gezahlt worden sind, vom Kapital und nicht vom Einkommen herrühren und daß kein Kapital außer den Papiermark mehr vorhanden ist. Die Alliierten sollten bedenken, daß sie ihren Kuchen nicht essen und gleichzeitig aufbewahren können, und daß sie nichts erhalten werden, wenn sie Deutschland daran verhindern, Geld durch Exporthandel zu verdienen. Die Goldzölle verschließen dem deutschen Export fast alle Märkte. Deutschland hat nichts mehr als die Arbeitskraft seiner Arbeiter, die nur Papiermark verdienen, solange die deutschen Erzeugnisse nicht ins Ausland gelangen und mit fremder Valuta bezahlt werden können. Nur durch den Exportüberschuß können die jährlichen Zahlungen ausgeführt werden. Um Deutschland gesunden zu lassen, sind für 3 1/2 Milliarden Dollar Nahrungsmittel und Rohmaterialien, die jedes Jahr nach Deutschland geschickt werden müßten, notwendig. Um diese Summe bezahlen zu können, muß Deutschland die Erzeugnisse seiner Industrie exportieren dürfen, um von dem Uberschuß die Reparationen zu zahlen. Die Meinung der Sachverständigen, so schließt der Bericht, gipfelt in der Ueberzeugung, daß Deutschland bedeutende Opfer zur Erfüllung des Versäulter Vertrages gebracht hat.

Die Ungebuld in Frankreich wächst

Laßt auch die Ruhrspende wachsen.

Der Landbote nimmt Gaben entgegen in seiner Geschäftsstelle und auf Postfachkonto Karlsruhe Nr. 6903.

Unsere Sammlung ergab bis jetzt
4051333 Mark.

Für das Ruhrgebiet sind weiter eingegangen von:
Som Bezirkssamt: Buße aus einer Beleidigungssache Nr. 20 000.

Der Ruhrkrieg.

Annähernde Eingriffe.

Einspruch der Rheinlandkommission gegen die Anstellung von Beamten.

Paris, 20. Juli. Havas berichtet aus Koblenz, daß die Rheinlandkommission Einspruch erhebt gegen die Ernennung eines als Landrat fungierenden deutschen Beamten mit der Begründung, daß die Ernennung nicht ordnungsmäßig und ohne Zustimmung der Kommission erfolgt sei, desgleichen gegen die Anstellung einer Lehrerin, den Amtsantritt eines Bürgermeisters und von 4 Steuerbeamten.

Beschlagnahme zahlreicher Büros in Essen.

Essen, 20. Juli. Beim hiesigen Oberbürgermeister ist ein Schreiben des Generals Jacquemont eingegangen, wonach die Büroräume des Handelshofes ab 18. Juli beschlagnahmt sind und zur Verfügung der interalliierten Mission für die Kontrolle der Hütten und Bergwerke in Essen gestellt wer-

den sollen. Das ganze Mobiliar, Schreibmaschinen und Telephonapparate müssen in brauchbarem Zustande an Ort und Stelle bleiben. Die jetzigen Besitzer sowie die Gemeindeverwaltung werden für die Befolgung dieses Befehls verantwortlich gemacht. Es ist ein Inhaltsverzeichnis aufgenommen worden. Den Betroffenen wird eine Frist von 10 Tagen gewährt, um ihre Schriftstücke fortzubringen und die Räume zu verlassen. Welch ungeheueren tiefen Eingriff diese Beschlagnahme für das Essener Wirtschaftsleben bedeutet, ist daraus zu ersehen, daß von der Beschlagnahme nicht weniger als 43 Firmen und 123 Zimmer betroffen werden.

Die Kohlenbeute geht dem Ende zu.

Essen, 20. Juli. Im Ruhrgebiet mehren sich die Anzeichen, daß sich die französisch-belgische Ausbeute der Kohlen-schätze langsam aber sicher ihrem Ende zuneigt. Im nördlichen Teil des Industriegebietes, in dem besonders die staatlichen Zechen vertreten sind, haben die Befehlstruppen schon einige Zechen, auf denen die sichbaren Kohlen- und Koks-vorräte erschöpft sind, verlassen und auch im südlichen Bezirk, dessen Kohlenarten infolge ihrer Eigenart eine lange Lagerung nicht ertragen, wird das Feld immer mehr abgegrast. Zweifellost steht aber noch eine größere Befehzung von Zechen bevor. Das sieht man aus der zunehmenden Aktivität der Luftbeobachtungen durch Flugzeuge und Fesselballons. Interessant ist, daß eine der größten Zechen des Gebiets vor einigen Tagen ein Schreiben erhielt, in dem es heißt: Unsere Luftbeobachtung hat festgestellt, daß der bei ihnen noch vor einiger Zeit vorhandene Kohlenberg verschwunden ist. Gleichzeitig wird der Zeche mitgeteilt, daß ihr gesamter Vorrat an Kohlen und Koks beschlagnahmt sei. Gleichlautende Mitteilungen haben eine Reihe anderer Zechen erhalten. Im übrigen sind gegenwärtig italienische Bestrebungen im Gange mit dem Ziel, die deutschen Vertragskohlenlieferungen wieder aufzunehmen. Vorläufig scheinen aber die Franzosen den italienischen Wünschen wenig Entgegenkommen zu zeigen.

Ein taubstummes Kind von einem Spahi erschlagen.

Berlin, 21. Juli. In der vorigen Woche wurde in Trier ein taubstummes Kind, das nach Verlassen der Kirche unter einen Zug Spahis geriet, weil es die Soldaten nicht gehört hatte, die es überholten, von einem Spahi durch einen Kolbenschlag auf den Kopf getötet. Ein Passant, der den führenden Offizier auf den Vorfall aufmerksam machte, wurde sofort verhaftet.

Von der russischen Flotte.

Nach Meldungen aus Moskau ist dem Rat der Volkskommissare der Bericht der technischen Kommission vorgelegt worden, die zur Untersuchung des Zustandes der russischen Kriegs- und Handelsflotte eingesetzt worden ist. Das Ergebnis ist nach diesem Bericht ein überaus schlechtes. Was von der alten Kriegsflotte noch in russischen Gewässern übrig ist, befindet sich in geradezu verwerflichem Zustande. Ueberall sind die größten Reparaturen notwendig. Fast alle Maschinen und Kessel sind unbrauchbar und müssen ersetzt werden. Dasselbe ist hinsichtlich der Armierung in wünschenswertem noch größerem Maße notwendig. Die Anzahl der Einheiten erweist sich überall als unzureichend. Dazu kommt, daß nach dem Bericht die russischen Fabriken und Werften nicht im Stande sind, die erforderlichen Reparaturen auszuführen. In ähnlichem Zustande befindet sich die Handelsflotte. Die Hochseeschiffe sind sämtlich alt und verbraucht. In der Flugschiffahrt sind nur etwa 30% verwendungsfähig. Zusammenfassend hat die Kommission entschieden, daß mit dem vorhandenen Schiffsmaterial eine Wiederbelebung und Entwicklung des Handels nicht möglich ist, und den Vorschlag gemacht, zum Zweck des Schiffbaues mit auswärtigen Werften in Verbindung zu treten.

Luftrüstungen übera.

Nach italienischen Meldungen beginnt nun auch Italien das Wetrüsten in der Luft mitzumachen. Mussolini selbst hat an den Staatskommissar der italienischen Luftschiffahrt ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: „Ich will heute nach Sizilien abreisen und bedauere aufs Tiefste, wie jedermann die Eisenbahn benutzen zu müssen, da es mir nicht möglich ist, sofort ein Luftfahrzeug zur Verfügung gestellt zu erhalten. Ich beauftrage Dich, allen Deinen Luftschiffen meine begeisterten Grüße auszurichten. Im nächsten Jahre wird es so viel Flugzeuge geben, daß die Sonne von ihnen

Schicksalswende.

Roman von A. Klinger.

50) Lotenstille lag über dem Raum. Vor den Türen schlichen die erschreckten Diensthöten. Sie hatten nicht viel Freundlichkeit durch Franz erfahren. Trotzdem hangten sie um das Leben ihres Herrn. Wenn er starb, gingen die Leute einer ungewissen Zukunft entgegen. Sie besanden sich sämtlich in vorgerückten Jahren. Die Rente, auf die sie beim Ableben des Kaufmanns so bestimmt gerechnet hatten, war ihnen nicht zugefallen; sie alle hatten duldjam die Launen, das hochfahrende Wesen des Erben ertragen. Aber er geizte weder mit dem Lohn, noch mit der Beköstigung; die, welche hier im Dienst ergaut, waren zufrieden.

Wenn jedoch der junge Herr starb, dann stand es böse um sie alle. Bange flüsternd standen sie beieinander, und unbegrifflich erschien es ihnen, daß ein junger, kräftiger Mann, welcher sich keinen Wunsch zu verlagern brauchte, so plötzlich auf den Tod erkrankten konnte.

Aus dem Krankenzimmer tönte jetzt ein heiserer Schrei, herüber.

Franz begann wieder zu rufen in wilden Selbstanklagen, in Vorwürfen gegen das Schicksal, im Triumph, daß ihm der Betrug so vollständig gegliickt.

„Heute noch trete ich eine Reise nach dem Auslande an!“ schrie Franz, ich will etwas erleben, die Schönheiten der Welt sehen, ich will die drückende Last los sein!... Seht wirst du erkennen, Almida, wie mir zumute war, als du vom Oheim umhert und verzärtelt wurdest und ich wie ein Verstoßener daneben stand! Arbeite ich — arbeite! — der Fiebernde lachte in sich hinein, „danach stand auch gerade mein Sinn — wozu ist man da, wenn man das Leben nicht genießen soll? Ich will es genießen, ich will...!“

Er machte verzweifelte Anstrengungen, aus dem Bett zu springen. Der Arzt hielt ihn mit Hilfe der Schwester zurück.

„Es geht zu Ende“, sagte Doktor Martin, „hier vermag menschliche Hilfe nichts mehr. Er erlangt die Besinnung nicht zurück.“

Es war Mertens nicht anders, als habe er einen furchtbaren Schlag empfangen. Mit einer beschwörenden Bewegung packte er den Arm des Freundes. „Ich bitte Dich um Gottes willen, es hängt das Glück eines jungen hoffnungsvollen Menschenlebens davon ab, daß Harnisch leitet!“

„Und wer sagt Dir, daß er Deinen Wunsch erfüllen und zugunsten jenes Mädchens verfügen würde? Selbst im Fieberzustande hält er an seinem Haß gegen sie fest. Erzwingen läßt sich so etwas nicht, mein Alter!“

Die abenteuerlichsten Gedanken durchzuckten den Schädel des Rechtsanwalts. Er rang wie ein Verzweifelter die Hände. Gab es denn kein Mittel, kein einziges, um die Millionen für Almida zu retten, um sie von dem Druck der Armut zu befreien?

„D, wäre er doch einige Tage früher gekommen! Sicher wäre es ihm gelungen, den Betrüger zu entlarven.“

Nun war es zu spät. Wie gelähmt saß er auf seinem Plage.

Das Schicksal wollte es anders, als er. Dagegen half alles Aufbäumen nichts.

Der Kranke lag mit geschlossenen Augen da. Er gab nur noch lallende Laute von sich. So ging es eine Weile, bis sich bloß noch ein Lechzen von den brennend heißen Lippen rang, deren Blut das Eis nicht mehr zu kühlen vermochte.

Stundenlang wehrte sich der junge, kräftige Körper gegen die Auflösung.

Der Arzt war gegangen. Mertens aber blieb. Er hätte geglaubt, etwas zu verjäumen, eine heilige Pflicht zu verlesen, wenn er sich entfernt hätte.

Doch seine Ausdauer wurde nicht belohnt.

Franz Harnisch starb gegen Mitternacht, ohne das Bewußtsein zurückerlangt zu haben.

16. Kapitel.

Almida hatte es in dieser Zeit nicht leicht. Die noch immer schwer leidende Frau Wengdorf nahm sie sehr in Anspruch. Sie hatte aber auch die Leitung des Haushalts übernommen. Sie überlegte und ordnete alles nach ihrem Sinn. Alle kamen mit Fragen zu ihr und mit Leichtigkeit regierte sie das Wirtschaftssteuer.

Es lastete viel auf ihren Schultern, todmüde sank sie des Abends auf ihr Lager. Aber von einer innigen Freude war sie durchglüht, daß es ihr glückte, das unbedingte Vertrauen von Huberts Eltern zu erobern.

Daß Mertens unerwarteterweise von seiner Reise zurückgekehrt war, berührte sie nicht weiter, denn sie hatte sich keinen Hoffnungen hingegeben. Daß Franz aber, wo ihm alle Genüsse der Welt offen standen, sterben mußte, erschütterte sie.

Doch fand sie keine Zeit, sich näher mit diesen Dingen zu beschäftigen. Frau Wengdorf wußte sie in Atem zu halten.

Sie lag in der Wohnstube auf einem Ruhebett, die Heilung ihres Leidens schritt nur langsam vorwärts, ihr Allgemeinbefinden ließ manches zu wünschen übrig.

Frau Wengdorf hatte sich auch, als sie gesund war, gern bedienen lassen. Jetzt hatte sie Anliegen ohne Ende. Geduldig tat Almida der Kranken den Willen.

Aber Herr Wengdorf konnte es oft nicht mit ansehen, wie das junge Mädchen gequält wurde. Er pflegte dann häufig seine Mahlzeit einzunehmen und gleich danach sein Zimmer aufzusuchen.

Eines Tages ließ er Almida durch den Diener bitten, zu ihm in seine Arbeitsstube zu kommen.

Mit ausgestreckten Händen ging er ihr entgegen. „Mein liebes Fräulein, was Sie in dieser Zeit für uns tun, grenzt an Aufopferung. Ich muß Ihnen aufs wärmste für alle Mühe danken, die Sie mit unserer eigenwilligen Kranken haben. Ich bewundere Sie und schätze mich glücklich, daß ich damals als ich eine Gesellschafterin für meine Frau suchte, so richtig gewählt habe. Allerdings — in dem Sinne, wie Sie und ich es wollten, sind Sie ihr wohl keine Gesellschafterin geworden. Aber bleiben Sie tapfer, mein liebes Fräulein, sobald es meiner Frau besser geht, forsge ich dafür, daß eine Stütze ins Haus kommt, eine weibliche Kraft, die Ihnen unterstellt wird und Ihnen einen Teil der Arbeit abnimmt. Nur vorläufig wage ich kein derartiges Experiment. Sie wissen, daß der Arzt erklärt hat, jede Aufregung könne meiner Frau gefährlich werden.“

verdunkelt wird. Uns fehlen nicht die einheimischen Piloten. Wir haben ihrer genügend und sehr geeignete. Aber die Anzahl unserer Flugzeuge müssen wir vervielfachen! Italien muß an der Spitze in der Luftschiffahrt marschieren! — Also auch die Italiener beginnen, eine umfangreiche Luftflotte zu bauen im Jahrhundert des Völkerbundes, der ja bekanntlich Kriege unmöglich machen soll.

Ein Amerikaner über die Märsche von den deutschen Kriegsgreueln.

Der Korrespondent Will Irwin brandmarkt in einem zwei Spalten umfassenden Artikel in der World auf Grund seiner persönlichen Nachforschungen zahlreiche Darstellungen angeblicher Grausamkeiten im Landkriege als falsch. Er schreibt, vier Jahre habe er vergeblich versucht, einen authentischen Fall von abgehackten Kinderhänden festzustellen. Irwins Ausführungen bilden indirekt eine Ergänzung der von Admiral Sims kürzlich veröffentlichten Kritik an den Schilderungen angeblich von deutschen Unterseebootbesatzungen begangener Grausamkeiten.

Die Konferenz der kleinen Entente.

Nach rumänischen Meldungen steht der endgültige Termin der Konferenz der kleinen Entente in Sinia noch nicht fest. Wahrscheinlich kommt die erste Hälfte des Augusts dafür in Frage. Hinsichtlich des Programms verläutet, daß der Minister des Äußern Duca nach der feierlichen Eröffnung der Belgrader politischen Kommission zunächst eine Reihe von Anträgen zur Begutachtung vorlegen wird. Den eigentlichen Inhalt der Verhandlungen werden wirtschaftspolitische Fragen bilden, namentlich die endgültigen Bedingungen betreffend, den Handelsverkehr der Türkei, Griechenland und Bulgariens mit der kleinen Entente und die Festlegung eines einheitlichen Vorgehens gegenüber Sowjetrußland. Polen wird an der Konferenz nicht vertreten sein, da alle Bemühungen Frankreichs, die zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei bestehenden Differenzen zu beseitigen mißlungen sind. In Bukarest politischen Kreisen verläutet, Duca werde im Verlaufe der Konferenz den Versuch unternehmen, die polnisch-tschechischen Differenzen in der Saporinafrage zu beseitigen. Diese Differenzen bilden das einzige Hindernis für ein Eintreten Polens in die kleine Entente. Angeblich soll der König von Rumänien selbst diese Frage entscheiden. Die rumänische oppositionelle Presse beurteilt die Aussichten der Konferenz von Sinia pessimistisch. Es wird darauf hingewiesen, daß jene Staaten, die den Eintritt in die kleine Entente wünschen, voraussichtlich nicht aufgenommen werden, während jener Staat, der zweifellos aufgenommen würde — gemeint ist Polen — wahrscheinlich nicht beitreten wird. Nach einer Meldung des Orient Radio werden die Außenminister der kleinen Ententestaaten am 28. Juli in Sinia zusammenkommen. Nach einer italienischen Meldung aus Belgrad bestehen indessen Schwierigkeiten hinsichtlich des Zusammentritts der Konferenz überhaupt, da Jugoslawien und die Tschechei die von Polen und Rumänien geforderten Konventionen gegen Rußland ablehnen.

Die wirtschaftliche Lage Ungarns.

Aus führenden ungarischen Wirtschaftskreisen verläutet über die wirtschaftliche Lage des Staates Folgendes: Das Volkseinkommen der Länder der Krone Ungarns betrug ausweislich der Statistik vor dem Kriege 41,5 Milliarden Goldkronen, von denen auf das heutige Rumänien 15,766 Milliarden Goldkronen entfallen, vom Volkseinkommen von 6,7 Milliarden Goldkronen für das ehemalige Ungarn entfallen somit 2,66 Milliarden auf das heutige. Diese Summe erfährt infolge einer Verringerung, als die Produktion einen Rückfall erlitten hat, dagegen die aufblühende Industrie diesen Ausfall mehr als deckt. Die politische Isolierung des Landes und die Entwertung der ungarischen Krone haben die Einfuhr von Industrieartikeln immer mehr erschwert, waren jedoch der Entwicklung des Landes zweifellos von großem Vorteil. Es entstanden große Industrien. So ist die Entwicklung der Textilindustrie, durch die der Inlandbedarf des Landes sehr bald vollständig gedeckt sein wird, von größter Bedeutung, weil hierdurch das Passivsaldo der Außenhandelsbilanz wesentlich verringert werden wird. Schließlich wird auch die Bodenreform und mit dieser die ungewisse Lage des Landes auf einen Ruhepunkt gelangen, wodurch die große Zurückhaltung bei der Errichtung von Großbetrieben schwinden wird. Die Vorbedingung für eine kräftige Entwicklung des Landes und zur Entwirrung der kritischen Lage ist demnach gegeben. Es wird nur davon abhängen, ob die an das Ausland zu zahlenden Schulden (Reparationen) vernünftig und endgültig geregelt werden. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so treibt Ungarn dem weiteren Verfall entgegen, und würde dann auch weiterhin dem Lande das Auslandskapital verwehrt sein, ohne daß eine Entwicklung und Ausgestaltung der erstehenden Industrie nicht zu erhoffen ist.

Anerkennung deutscher Arbeit in China.

Der Direktor des „International Institut of China“, Dr. Gilbert Reid, ein sehr bekannter Amerikaner, der seit 40 Jahren in China tätig ist, hat in der „China Press“ erklärt: „Um Deutschland gerecht zu werden und aus Interessen für China muß ich feststellen, daß die Deutschen in China gute Arbeit geleistet haben, die fortgesetzt werden sollte und nicht zerstört werden darf. Nach meiner Meinung ist der deutsche Einfluß alles andere, als eine Gefahr und sollte wirklich nicht als Vorwand für einen Krieg gebraucht werden. Der deutsche Handel mag, wie der jeder Nation Anlaß zur Kritik geben, aber im allgemeinen steht Deutschland so hoch da, daß keine andere Nation rein genug ist, sein Niederwerfen mit Gewalt fordern zu können.“

Erste Ausstandsbewegung in Polen.

Warschau, 21. Juli. Der Ausstand in der polnischen Textilindustrie, der in Lodz begann, hat sich über ganz Polen ausgebreitet und hat sich allmählich aus einem Lohnstreik zu einem ausgesprochenen politischen Streik entwickelt, der fast ganz unter kommunistischer Leitung steht. Die Gewerkschaften haben die Führung vollständig verloren. Die gestrigen blutigen Ereignisse in Lodz und Czestochau, bei denen es zahlreiche Verwundete und mehrere

Tote gab, sollen weit mehr einem Aufstand als einem Ausstand gegliedert haben. In Lodz versuchte man nach kommunistischen Brandreden in die Fabriken und Gasthäuser einzudringen. Dabei wurden Fenster zertrümmert und Handgranaten geschleudert. In Lodz soll heute der Generalstreik proklamiert werden. Der Zentralrat der polnischen Gewerkschaften hat vergangene Nacht beschloffen, Vorbereitungen zum Generalstreik zu treffen. Inzwischen sind in Warschau bereits 14 000 Metallarbeiter in den Ausstand getreten. Der Minister des Innern hat sich nach Lodz begeben. Wie die Blätter melden, verlassen die Großindustriellen mit ihren Familien Lodz.

Schwere Feuerunruhen in Breslau.

Breslau, 21. Juli. Seit Freitag nachmittag 3 Uhr ist in Breslau die staatliche Ordnung aufgelöst. Trupps von Plünderern durchziehen die Straßen, zer schlagen Schaufensterscheiben und räumen die Läden aus. Im Innern der Stadt sind sämtliche großen Cafes gestürmt und demoliert worden. Auf dem Tauenzienplatz im Herzen der Stadt wurden die großen Stadtrestaurants der Brauerei Hase und das Savoyehotel verwüstet. In anderen Stadtteilen wurden insbesondere die großen Konfektions- und Schuhhäuser gestürmt. Die Behörden hatten wohl für die nächste Zeit mit Ausschreitungen gerechnet, doch kommt dieser plötzliche heftige Ausbruch doch noch überraschend. Die Ausschreitungen in der Metallindustrie und die dadurch verursachte Notlage der Arbeiterklasse mag zusammen mit der durch die rapide Markentwertung geschaffenen Feuerung den Ausbruch der Unruhen begünstigt haben. Sie brachen zu gleicher Zeit in verschiedenen besonders zentral gelegenen Plätzen aus und ließen deutlich eine Führung durch kleine Stoßtrupps erkennen. Diese Stoßtrupps rekrutieren sich wahrscheinlich aus dem unter kommunistischem Einfluß stehenden radikalen Flügel der streikenden Arbeiter. Im übrigen zeigt die Arbeiterklasse wohl eine gewisse Sympathie mit den Demonstrationen, beteiligt sich aber nicht an den Plünderungen und Demolierungen, die von jungen unreifen Burschen und Frauen in Szene gesetzt wurden. Die Polizei reicht gegenüber den vielen hunderten der Demonstranten, die bald da, bald dort auftauchen, nicht aus. Die Gewerkschaften, die sozialdemokratische und kommunistische Partei verurteilen die Ausschreitungen aufs schärfste, die auf antisemitische Hysterie zurückzuführen sein dürften, da nur jüdische Geschäfte geplündert wurden.

Konflikt zwischen Reichsbank und Großbanken.

Der Anlaß: Die geringfügige Zuteilungsquote an Devisen.

Berlin, 21. Juli. Ueber die Berliner Börse von gestern wird berichtet: Von der Festsetzung der Devisenpreise wurde vom Vertreter der Reichsbank mitgeteilt, daß der Gesamtbetrag der vorliegenden Kapitalaufträge sich auf ungefähr 20 Billionen Papiermark beziffert und daß u. a. 26 Millionen holländische Gulden, 10 Millionen Dollars und 804 000 Pfund angefordert seien. Er stellte den Antraggebern anheim, eine bedeutende Ermäßigung dieser Beträge vorzunehmen, erzielte aber schließlich nur den Erfolg, daß ganz belanglose Beträge abgesetzt wurden. Er führte u. a. vor Augen, daß bei einer vollen Zuteilung die Käufer gar nicht in der Lage seien, den Gegenwert zu bezahlen und teilte mit, daß die Reichsbank bei einem Andauern dieser riesigen Kaufaufträge die Diskontierung von Wechseln einstellen würde, damit sie indirekt nicht selbst den Selbbedarf dafür aufzubringen habe. Auch die Darlehenskassen würden zu diesem Zwecke Darlehensgewährung einstellen, bezw. einschränken. Schließlich begann die Kursfestsetzung um 1/4 nur auf der Grundlage einer durchgängigen Zuteilung von einem Viertel Prozent auf die vorliegenden Aufträge, wobei die Kurse gegen Dienstag unverändert festgesetzt wurden. Die Reichsbank legte Wert auf die Feststellung, daß die Zuteilungsquote von 4 Prozent keineswegs verbindlich für die am Devisenhandel zugelassenen Firmen gegenüber ihren Auftraggebern seien. Wie verläutet, haben die Großbanken den Betrag der bei der Festsetzung der Devisenkurse auf sie entfallenden Zuteilungsquote von ein Viertel Prozent der Reichsbank wieder zur Verfügung gestellt wegen der Schwierigkeiten, die eine Umlegung dieser Summe auf die einzelnen Auftraggeber machen würde.

Einigung mit der Reichsbank.

Strenge Vorschriften für die Bankenkundschaft. — Keine Einstellung der Wechsel-Diskontierung.

Berlin, 20. Juli. Heute vormittag fand eine Besprechung zwischen einer Deputation der Stempelvereinigung und der leitenden Persönlichkeiten der Reichsbank in der Angelegenheit der Bekämpfung des Devisenbedarfs statt. Sie war von Anfang an von einem verständlichen Geiste getragen und hat deshalb auch offenbar zu einem allseitig befriedigenden Ergebnis geführt. Man war, wie wir hören, gegenseitig darüber im klaren, daß die Banken nicht die Schuld an der Zuspitzung der Verhältnisse am Devisenmarkt trüfe, sondern daß die Kundschaft und Erwartungen der Reichsbank gerichtet hätte. Dieser Ueberlegung entsprach auch das, was in der Sitzung beschloffen wurde. Es geht in großen Zügen dahin, daß die Kundschaft mit allem Nachdruck aufgefördert wird, Bardeckungen für ihre Devisenkäufe bei den Banken bereit zu halten und zwar hat diese Deckung bei der Erteilung der Order an Ort und Stelle zu sein. Eine Aufforderung, daß sie unterwegs ist, würde demnach nicht genügen. In dem Falle, wo ein Kunde nicht nach diesen Weisungen oder nicht nach den anderen gesetzmäßigen Vorschriften verfährt, wird die Reichsbank ihm ihren Kredit vollständig sperren. Da es sich bei der in Frage kommenden Bankenkundschaft in der Regel um Kreise des Großhandels und der Industrie handelt, die auch direkt mit der Reichsbank zu tun haben oder deren Wechsel zur Reichsbank fließen, so kann diese Androhung der Reichsbank sehr wohl einen guten Erfolg haben. Erwähnt sei noch, daß auch die Frage einer Ueberleistungspflicht für die Devisenauftraggeber in der Konferenz zur Sprache kam. Sowohl die Banken wie die Reichsbank stehen der Einlegung von Kaufzinsen, die den Uebergang zu den neuen Verhältnissen erleichtern würden sympathisch gegenüber. Raum noch zu erwähnen ist, daß durch den ruhigen Verlauf der heu-

tigen Besprechung in der Reichsbank und angesichts der Einigkeit zwischen Bankwelt und Reichsbank die gestern von der letzteren angebotene Einstellung der Diskontierung von Wechseln der Devisenbanken gegenstandslos geworden ist. Gegen widerpenstige Kreise von Großhandel und Industrie wird aber in der oben erwähnten Weise vorgegangen werden.

Der Plan einer Goldanleihe.

Berlin, 21. Juli. Ueber den im Reichsfinanzministerium schon seit längerer Zeit und wiederholt erwogenen Plan einer Goldanleihe teilt die Deutsche Allgemeine Zeitung mit, daß das Reich der Ausgabe einer solchen Goldanleihe in kleinem Umfange schon sehr bald näher treten werde. In weiten Kreisen des Publikums wachse das Bedürfnis nach wertbeständiger Anlage und man hofft durch eine Goldanleihe auch die Spekulation am Effektenmarkt eindämmen zu können. Wie wir von zuständiger Seite hören, befindet sich der Plan der Goldanleihe noch immer im Zustande der Ermägung und die katastrophale Entwicklung auf dem Devisenmarkt scheint das Projekt auch in den letzten Tagen nicht gefördert zu haben.

Die wertbeständigen Löhne.

Berlin, 20. Juli. Im Reichsfinanzministerium trat gestern nachmittag der von den Gewerkschaften gebildete Ausschuß mit den Regierungsvertretern zu einer Sitzung zusammen um über die Frage der Durchführung wertbeständiger Löhne der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs und der Staaten zu beraten. Von einer automatischen Anpassung der Löhne an die Geldentwertung hat man Abstand genommen. Dagegen soll bei jeder neuen Einkommensfestsetzung der Index und die gesamte wirtschaftliche und politische Lage berücksichtigt werden. Diese Festsetzung soll alle acht Tage erfolgen u. zwar am Donnerstag jeder Woche. Die gestrige Sitzung im Reichsfinanzministerium war die erste Beratung dieser Art. Ein Ergebnis der gestrigen Verhandlungen zur Festsetzung des Einkommens liegt noch nicht vor.

Ehrhardt bereits im Ausland?

Wien, 20. Juli. Das neue Wiener Tagblatt berichtet, in Wiener rechtsradikalen Kreisen verlautet über die Flucht des Kapitänleutnants Ehrhardt aus dem Staatsgefängnis daß dieser beim Ausbruch in einer der Seitengassen in der Nähe des Gefängnisses von einem Auto aufgenommen wurde, das ihn außerhalb des Weichbildes der Stadt brachte. Dort wurde er in ein zweites Auto gebracht, das ihn in südlicher Richtung schleunigst über die Grenze schaffte. Der Grenzübergang sei nur dadurch möglich gewesen, daß es gelang, Ehrhardt in ein für diesen Zweck vorbereitetes Auto unter dem Sitz zu verstecken, so daß er von den Kontrollbeamten nicht erblickt werden konnte. Zur Stunde befindet sich Ehrhardt bereits außerhalb der Grenze des Deutschen Reiches. Er wird in einem der Nachfolgestaaten dauernd Aufenthalt nehmen.

Die Verfassungsfeier in Preußen.

Zugleich Rhein- und Ruhrtag. — Feiern in sämtlichen Schulen.

Berlin, 20. Juli. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ordnete an, daß an sämtlichen preussischen Schulen am 11. August, dem Verfassungstage, der zugleich als Rhein- und Ruhrtag begangen wird, in einer Feier auf die geschichtliche Bedeutung des Verfassungstages hingewiesen und der besetzten Gebiete und der Not der deutschen Mitbürger im Einbruchgebiet gedacht wird. Unterricht findet an diesem Tage nicht statt. Wo der 11. August in die Ferien fällt, ist vor Ferienbeginn oder bei Wiederaufnahme des Unterrichts eine entsprechende Feier zu veranstalten.

Baden.

Meldepflicht der Arbeitgeber bei Streiks und Aussperrungen.

Da die Reichsarbeitsverwaltung hat vor kurzem auf Grund des Paragraphen 42 Absatz 1 des Arbeitsnachweisgesetzes Vorschriften über Meldungen bei Streiks und Aussperrungen erlassen. Darnach sind alle Arbeitgeber ohne Rücksicht darauf, ob ihre Betriebe gewerblicher oder nichtgewerblicher Art sind oder ob es sich um Privatunternehmer, öffentliche Körperschaften oder Behörden handelt, zu folgenden Meldungen verpflichtet: Bricht in einem Betrieb ein Ausstand aus oder wird eine Aussperrung vorgenommen, so muß der Arbeitgeber dem zuständigen Arbeitsnachweis (Arbeitsamt) unverzüglich und in doppelter Fertigung Meldung erstatten (Ausbruchsmeldung). Diese Meldung soll enthalten: Name (Firma) des Arbeitgebers, genaue Bezeichnung des betroffenen Betriebs; Beginn des Ausstands oder der Aussperrung; Gesamtzahl der in dem Betrieb überhaupt beschäftigten Arbeitnehmer; Zahl der ausständigen oder ausgesperrten Arbeitnehmer (jeweils Arbeiter und Angestellte getrennt). Bezieht sich der Ausstand oder die Aussperrung nur auf einzelne Berufsgruppen oder Betriebsstellen, so hat die Meldung die Gesamtzahl der in diesen Betriebsstellen beschäftigten Arbeitnehmer zu enthalten. Wird von einer öffentlichen Berufsvertretung oder wirtschaftlichen Vereinigung eine Sammelmeldung über eine Ausstands- oder Aussperrungsbewegung erstattet, so sind die in der Sammelmeldung aufgeführten Arbeitgeber von der besonderen Meldepflicht befreit, sofern die Sammelmeldung in jeder Beziehung den erwähnten Meldebedingungen entspricht. Ueber alle wichtigen Veränderungen in der Ausstands- oder Aussperrungsbewegung muß dem zuständigen Arbeitsamt berichtet werden; diese Zwischenmeldung soll nach Form und Inhalt der ersten (Ausbruchs-)Meldung entsprechen. Ebenso ist von der Bedingung des Ausstands bezw. der Aussperrung unverzüglich Meldung zu erstatten. (Schlußmeldung.) Für alle diese Meldungen erhalten die Arbeitgeber Vordrucke bei den Arbeitsnachweisen. Von diesen Meldungen muß die Verpflichtung der Arbeitgeber zur statistischen Berichterstattung nach Beendigung von Ausständen oder Aussperrungen unterschieden werden. Auf diese Statistik, für die ebenfalls entsprechende Vordrucke bei den Arbeitsämtern zu erhalten sind, finden die Bestimmungen für die Meldungen sinngemäß Anwendung.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 21. Juli. (Brotpreis.) Infolge Erhöhung der Getreidekaufpreise durch die Reichsgetreidestelle um das dreifache und der Bäckerunkosten werden die Brot- und Mehlpreise vom 23. d. Mts. ab auf die im amtlichen Teil bekannt gegebene Höhe festgesetzt.

Sinsheim, 21. Juli. (Früher Herbst.) In diesem Jahre blüht die glockenförmige Erika schon jetzt auf der Heide. Im allgemeinen jagt man, daß es einen frühen Herbst bedeutet, wenn das Heidekraut bereits anfangs Juli blüht.

Sinsheim, 22. Juli. (Handelsurlaubnis.) Die Bezirksämter sind auch in diesem Jahre vom Minister des Innern beauftragt worden, die Kartoffelkäufer scharf zu überwachen, ob sie die nach Paragraph 11 und Paragraph 12 der Reichsverordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln erforderliche Handels- oder Ankaufserlaubnis haben. Verhindert soll auch werden, daß die nur zum Kleinhandel mit Kartoffeln zugelassenen oder die Inhaber einer Ankaufserlaubnis Großhandelsgeschäfte treiben.

Grombach, 21. Juli. (Tödtlich verunglückt.) Beim Fällen einer durch den Sturm beschädigten Tanne scheute das zum Umziehen verwendete Pferd. Der Baum fiel infolgedessen nach einer nichtgewollten Richtung und erschlug ein vierjähriges Kind der Familie Jak. Schilling, die in der Nähe Kartoffeln erntete. Der schwer betroffenen Familie wendet sich die allgemeine Teilnahme zu.

Itzingen, 17. Juli. (Beerdigung.) Wieder ist ein Kämpfer aus dem Feldzug 1870/71 von Dannen gegangen und immer leichter werden die Reihen jener Tapferen. Unter großer Beteiligung wurden gestern nachmittag die sterblichen Überreste des Kaufmanns Salomon Weil auf dem israelitischen Friedhofe beigesetzt. Der Verstorbene war eine weithin bekannte Persönlichkeit und die mit ihm Umgang hatten, hatten ihn wegen seines leutseligen Wesens gern.

Neckarbischofsheim, 22. Juli. (Seuche.) Die Rotlaufkrankheit unter den Schweinen tritt in verstärktem Maße auf, sodaß an einem Tage 6 Rotfleischungen vorgenommen werden mußten. Vorbeugendes Impfen ist dringend anzupfehlen.

Unterwarzach, 20. Juli. (Schweineseuche.) Hier wie auch anderenorts der Gegend ist der Rotlauf unter den Schweinen ausgebrochen. Die erste vollreife Wintergerste wurde gestern eingefahren.

Erlach i. D., 20. Juli. (Tödtlich verunglückt.) Vor einigen Tagen sausten zwei junge Leute gemeinsam auf einem Fahrrad eine abschüssige Straße hinunter und überfahren dabei den zwei Eimer Pflanz in seinen Garten tragenden Maurermeister Philipp Stelmeg. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Tod des St. augenblicklich eintrat.

Mannheim, 20. Juli. (Zwei Schwindlerinnen.) Zwei Schwindlerinnen, die auf die Dummheit und Leichtgläubigkeit ihrer Mitmenschen spekulieren, treiben hier ihr Unwesen. Unter der falschen Vorpiegelung, sie seien vom Staat geschickt worden, vertreiben sie Abtreibungs- und Verhütungsmittel. Das Wundermittel haben sie jedoch nicht bei sich, sondern es soll nach einer Anzahlung von 75000 Mk. erst den auf den Schwindel herein gefallenen Frauen zugefandt werden.

haben sie jedoch nicht bei sich, sondern es soll nach einer Anzahlung von 75000 Mk. erst den auf den Schwindel herein gefallenen Frauen zugefandt werden.

Mannheim, 19. Juli. (Selbstmord im Hotel.) Erschossen hat sich heute vormittag in einem Mannheimer Gasthof ein etwa 35 Jahre alter Mann, der sich als August Borger oder Bager aus Karlsruhe ins Fremdenbuch eingetragen hatte. Der Grund des Selbstmordes ist noch nicht ermittelt.

Bühl, 18. Juli. (Explosion.) Im Fabrikgebäude der Firma Wolf Netter und Jakobi explodierte ein Schweißapparat. Hierbei wurden zwei Arbeiter schwer verletzt. Einer namens Schneider ist seinen Verletzungen erlegen.

Haslach i. R., 20. Juli. (Abgestürzt.) Der 17jährige Malerlehrling Wilhelm Grieshaber von Hausach stürzte am Mittwoch nachmittag bei seiner Arbeit vom Gerüst auf das Steinpflaster und erlitt einen Schädelbruch, der nach wenigen Stunden seinen Tod herbeiführte.

Hintergarten, 20. Juli. (Brand.) In den Werkräumen der Torfveredelungswerke Germania entstand am Mittwochabend ein Brand, der die Dachstühle der einzelnen Gebäude vernichtete. Das Feuer konnte nach sechsstündiger schwerer Arbeit auf seinen Herd beschränkt werden. Als Ursache wird angenommen, daß in der Maschine, in der die Torfmasse erhitzt wird, nach beendeter Arbeit zurückgebliebene Reste in Brand gerieten. Der Fahrnischaden ist durch Versicherung gedeckt.

Bonnard, 20. Juli. (Brand.) In Berau zündeten Unbekannte in der Nacht einen der Witwe Hele gehörenden vor dem Hause stehenden vollbeladenen Heuwagen an. Das Feuer griff auf das Dach des Hauses über, das aber durch schnelles Eingreifen vor dem Niederbrennen bewahrt werden konnte.

Buoch, 19. Juli. (Abgestürzt.) Friedrich Härlin, Veteran von 1870/71 ist vor etwa acht Tagen vom Kirschbaum beim Kirschpflücken abgestürzt. Den hierbei erlittenen Verletzungen ist er nach Verlauf weniger Tage erlegen.

Lörrach, 20. Juli. Die Banken in Lörrach machen zurzeit ein schlechtes Geschäft. Durch die unterschiedlichen Notierungen der Mark im In- und Ausland ist die Differenz so groß, daß ein jeder im Grenzgebiet seine Devisen in Basel umwechelt. Während z. B. heute die Reichsbank den amtlichen Kurs für Schweizer Franken ca. 50000 bezahlt, wurden in Basel für den Franken 70000 und stundenweise sogar noch mehr gezahlt.

Lörrach, 19. Juli. (Auswanderung.) Die schlechte Wirtschaftslage der Schweiz zwingt viele Schweizer zur Auswanderung, um sich in Amerika eine neue Existenz zu verschaffen. In dem ersten laufenden Halbjahr sind 3440 Schweizer nach Uebersee ausgewandert. Die schweizerische Regierung unterstützt die Auswanderer durch Gewährung von Krediten.

Sternegg (N. Sulz), 18. Juli. (Beim Baden ertrunken.) Johannes Stein, Metzger in Karlsruhe, der hier bei seinen Eltern zu Besuch weilte, badete im Staufee des Heimbachkraftwerks. Blödsinnig verliehen ihn die Kräfte. Sein Kamerad Gottlieb Stockburger brachte den Bewußtlosen ans Ufer. Die

Wiederbelebungsversuche hatten zunächst auch Erfolg und der Verunglückte kam wieder zu sich. Einige Stunden später jedoch, nachdem man ihn heimgebracht hatte, starb er.

Mainz, 19. Juli. (Tödtliches Mißgeschick.) Ein 83-jähriger Mann aus Kofheim begab sich am Samstag nachmittag in seinen Garten an der Hochheimer Straße. Die anwesende Tochter stellte für den alten Mann in einer Flasche einen Erfrischungstrunk zurecht. Statt diese Flasche mitzunehmen, ergriff der Mann eine andere Flasche, die auch auf dem Tische stand und Salmiakgeist enthielt. Die Tochter bemerkte zwar bald nach dem Weggange ihres Vaters den Irrtum und ließ sofort ihren Vater verständigen. Dieser hatte jedoch schon einen Zug aus der Flasche getan und erkrankte derart schwer durch den Genuß des Salmiakgeistes, daß nach kurzer Zeit der Tod eintrat.

Neueste amtliche Kurse

Table with columns for Anleihen, Bankaktien, Industrieaktien, Schiffahrtsaktien, and Freiverkehrswerte. Includes entries like 5% Dtsch. Reichsanleihe 460%, Darmstädter Bank 680000%, and Reichsbankdiskont 18%.

Unsere Postabonnenten

die bis jetzt die Nachzahlung von M. 8000.— mittels der in letzter Nummer beigelegten Zahlkarte noch nicht eingezahlt haben, werden nochmals um gefl. umgehende Einzahlung ersucht, sonst müssen wir den Betrag nebst Ankosten per Nachnahme erheben. Verlag des Landboten.

Amtliche Bekanntmachungen.

Nr. 44. Nachprüfung des Wertes der Sachbezüge (§ 160 Abs. 2 R. V. D.) betr. Auf Grund des § 160 Abs. 2 R. V. D. in der Fassung des § 5 des Gesetzes zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen in Verbindung mit § 16 der Verordnung den Vollzug der Reichsversicherungsordnung hinsichtlich der Krankenversicherung betr. vom 2. 6. 1913 (G. u. V. D. Bl. 1913 S. 441) und Abs. 4 Ziffer 1 des Erlasses des Herrn Arbeitsministers vom 28. 4. 23 Nr. 18865 wird nach Anhörung des Bezirksrates der im Bezirk befindlichen Krankenkassen und der beteiligten Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Wert der Sachbezüge der nach der Reichsversicherungsordnung versicherungspflichtigen Personen im Amtsbezirk Sinsheim mit Wirkung vom 1. Juli 1923 auf 7000 Mk. täglich festgesetzt. Wegen der Verteilung der Beträge auf die einzelnen Wahlzeiten zc. gilt unsere Bekanntmachung vom 17. 2. 23. Sinsheim, den 16. Juli 1923. Bezirksamt — Versicherungsamt.

Nr. 45. Die Ausführung des Reichsmietengesetzes hier die Neufestsetzung der Hundertfüße. Berichtigung zur Bekanntmachung vom 10. Juli 1923 Nr. 43. Als Zuschläge wurden festgesetzt: für Verwaltungskosten 3000% (nicht 2000%) für große Instandsetzungskosten 3000% (nicht 4000%). Sinsheim, den 18. Juli 1923. Bad. Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Brot- und Mehlpreise betr. Die Höchstpreise für markenpflichtiges Brot und Mehl werden mit Wirkung vom 23. Juli 1923 ab, festgesetzt wie folgt: A. Brot: 1500 Gramm 6200 Mk. 750 " 3100 " B. Mehl im Kleinverkauf: 1 Pfund Speisemehl . . . 4000 Mk. 1 " gem. Brotmehl . 3000 " Diese Preise dürfen nicht überschritten werden. Sinsheim, den 20. Juli 1923. Kommunalverband.

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen und Bursen befeuchtet schnell, läßt, schmerzlos und gefahrlos Kukirol. Verzüglich empfohlen. Millionenfach bewährt. — In Apotheken und Drogerien erhältlich. — Gegen Fußschweiß, Brennen und Bandlaufen Kukirol-Fußbad. Drogerie A. Engel.

Drucksachen aller Art liefert schnell und gut die G. Becker'sche Buchdruckerei, Sinsheim.



Dreschmaschinen für 2 und 3 PS. Kraftbetrieb für 4 fache Sortierung.

Strohpresen für 1/2 und 1 PS. Kraftbetrieb.

Getreidemäher Zweischarpflüge Milchseparatoren nur 1. Fabrikate empfiehlt Maschinenbauanstalt

J. Dieffenbacher Söhne Eppingen (Baden). Telefon 29 und 30.

Lager aller landw. Maschinen und Geräte.



Blütchen

Miltsesser, Pusteln, sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten und Hautausschläge verschwinden beim täglichen Gebrauch der echten

Steckenpferd-Teerschwefel-Seife von Bergmann & Co., Radebeul Zu hab. i. d. Apoth., Drog. u. Parfüm.

Apoth. Dr. C. Kieffer. Engel-Drog. A. Engel. Wilh. Geiß, Seifensieder.

Max Meyer, Bankgeschäft, Heilbronn

Gegründet 1886.

Filiale Sinsheim a. E. (Bahnhofstr.)

An- und Verkauf sämtlicher notierter und unnotierter Wertpapiere.



HAMBURG-AMERIKA LINIE UNITED AMERICAN LINES INC

Nach NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer

Etwa wöchentliche Abfahrten von HAMBURG NACH NEW YORK Auskünfte und Drucknachrichten durch HAMBURG-AMERIKA LINIE HAMBURG und deren Vertreter in Sinsheim: Hermann Betsch, Hauptstr. 304. Telefon 127.



vernichtet verbüffend Kopfweiss in Apotheken u. Drogerien

Niederl.: Dr. R. Kieffer, Apotheke.

Gesundes Blut! frisches Aussehen, allgemeines Wohlbefinden, verschafft eine Kur mit Dr. Bufluchs echt. Wachholder-Extrakt! Die wohltuende Wirkung d. Wachhold.-Extraktes ist seit altersher bekannt und geschätzt. Zu haben bei: A. Engel, Engel-Drogerie.

Rechnungsformulare empfiehlt G. Becker'sche Buchdruckerei.